Redaktion, Verlag und Druck
on R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 373. Abendblatt. Dienstag, den 14. August. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin**, 13. August. Die Episode mit den Kompensationsvorschlägen Frankreichs ist bereits glücklich zu Ende, wie es denn auch nicht anders zu erwarten war und ich es Ihnen in meinem gestrigen Berichte als die allgemeine Auffassung der hiesigen politischen Krise bezeichnet habe. Wenn der „Constitutionel" in dem heute telegraphisch vorliegenden Artikel die Ansicht vertritt, daß die wahrhaften Interessen Frankreichs nicht darin lägen, irgend eine unbedeutende Territorialvergrößerung zu erlangen, vielmehr darin, Deutschland zu unterstützen, damit dieses sich in der für die eigenen wie für die europäischen Interessen geeignetsten Weise konstituire, — so ist das eben nicht blos die sehr richtige Auffassung einer einzelnen Zeitung, sondern nach zuverlässigen Nachrichten, die hier vorliegen, auch diejenige Anschauung der Lage, die in Paris an entscheidender Stelle maßgebend ist. Wie die Dinge stehen, ist kein Grund anzunehmen, daß die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Paris gestört werden könnten. Der Kaiser Napoleon hat also in richtiger Erkenntniß der aus seinen eigensten Prinzipien nothwendig hervorgehenden Konsequenzen sowie der wirklichen Interessen seines Landes dem unbesonnenen Drängen eines Theiles der öffentlichen Meinung Frankreichs und den Einflüsterungen und Machinationen von anderer Seite her zu widerstehen gewußt und einen Weg nicht verfolgt, der sich sehr schnell thatsächlich als einer der verhängnißvollsten Irrwege hätte offenbaren müssen. Die Gründe für diese letztere Behauptung sind eben so zahlreich als gewichtig, ihre weitere Diskussion aber zum Glücke überflüssig geworden. — Der für Hannover neu ernannte Gouverneur, General-Lieutenant v. Voigts-Rhetz, bekanntlich einer der ausgezeichnetsten Offiziere unserer Armee, überhaupt aber ein Mann, der mit hoher Begabung große Geschäftsgewandtheit verbindet, ist an seinem Bestimmungsorte bereits eingetroffen. Eine seiner nächsten Aufgaben wird jedenfalls sein, die hannoverschen Beamten zu den ihnen durch die neue Verwaltung obliegenden Pflichten heranzuziehen — zunächst werden sich dieselben zu entschließen haben, welche Stellung sie der preußischen Verwaltung gegenüber einzunehmen gedenken. Auch in Oberhessen, dessen frühere Regierung noch existirt, wird es selbstredend Preußen nicht dulden, daß sich die Beamten in irgend einer Weise als Organe der darmstädtischen Oberbehörden geriren. In Nassau ist nur die eigentliche Hofpartei gegen die Einverleibung des Landes in Preußen, sonst hofft die ganze Bevölkerung sehr bestimmt hierauf und die Vereinigung wird sich daher gerade hier besonders leicht vollziehen. — Betreffs der Präsidentenwahl im Abgeordnetenhause theilt unter Anderen auch die liberale „Schlesische Ztg." die auch in der „Stettiner Z." vertretene Auffassung. Das Blatt bestreitet Hrn. Grabow nicht die Eigenschaften, die ihn für das Präsidium des Hauses geeignet erscheinen lassen, wirft aber doch die Frage auf, ob seine Wahl der von allen Seiten gewünschten Versöhnung förderlich gewesen wäre, da Hr. Grabow in den früheren Sessionen der Repräsentant derjenigen Opposition gewesen sei, mit welcher die Regierung nicht glaube zu einer Ausgleichung gelangen zu können. Was den neuen Präsidenten anlangt, so finden seine persönlichen Eigenschaften auch bei seinen Gegnern Anerkennung, und wird von liberaler Seite darauf hingewiesen, daß Hr. v. Forckenbeck innerhalb der Fortschrittspartei eine Stellung am weitesten nach rechts hin einnehme. — Die Aeußerungen der Presse geben noch immer entschieden der Hoffnung Raum, daß die völlige Ausgleichung des bisherigen Konfliktes gelingen werde. — Alle gestörten Eisenbahnverbindungen sind jetzt wieder hergestellt, mit Ausnahme der Brücke bei Kralup. So lange unsere Truppen bei Königgrätz nicht füglich vorüberkonnten, war jene Brücke für uns von Wichtigkeit; jetzt können wir ihrer durchaus entbehren, und der Kommandant von Theresienstadt hat mit Zerstörung derselben also schließlich sonst Niemandem Schaden gethan, als dem eigenen Lande.

Berlin, 13. August. Se. Majestät der König war heute Mittags 1 Uhr bei der Abreise der Großfürstin Helene von Rußland auf dem Anhalter Bahnhofe anwesend und fuhr darauf von dort zum Ministerpräsidenten Grafen Bismarck in das auswärtige Amt. Um 2 Uhr hatte der Finanzminister v. d. Heydt Vortrag und es wurden alsdann die aus Stuttgart hier eingetroffenen Minister von Barnbüler und von Hardegg mit ihrer Begleitung zu einer Audienz empfangen. An der Königlichen Tafel erschienen der Kronprinz, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, die Generale v. Wasserschleben, v. Hindersin, v. Griesheim, v. Pagenstecher und außer mehreren Landtagsmitgliedern auch der aus Lauenburg hier eingetroffene Bruder des Generals v. Moltke, Regierungsrath v. Moltke.

Ihre Majestät die Königin wird Ende dieser Woche zu einem längeren Aufenthalte im Schlosse zu Koblenz erwartet,

Der Kronprinz, welcher heute Mittags die Minister ꝛc. empfing, beabsichtigt sich morgen zu seiner Gemahlin nach Erdmannsdorf zu begeben, wohin dieselbe mit den Kindern schon am Sonntag Abend vorausgereist ist.

Der Prinz Ludwig von Hessen, welcher am Sonntag im Kronprinzlichen Palais zum Besuche eingetroffen ist, wird wie verlautet, schon morgen nach Darmstadt zurückreisen.

— Es ist von einer bevorstehenden Reise des Königs Wilhelm nach Hannover die Rede.

— Dem Vernehmen nach ist der Ministerpräsident Graf Bismarck unwohl und dadurch genöthigt, die Verhandlungen, die seine unmittelbare Theilnahme erfordern, in seiner Wohnung zu führen.

— Die Friedensverhandlungen, welche von Preußen mit Würtemberg und Baden hier geführt werden, sollen dem Abschlusse nahe sein.

— Wie die „Börs.-Ztg." hört, ist es nun dennoch beschlossen worden, die noch ungedeckte Summe der Kriegskosten in Höhe von ca. 60 Millionen Thaler durch Aufnahme einer neuen Anleihe zu decken. Wir werden die näheren Emissionsbedingungen wohl schon binnen Kurzem mitzutheilen in der Lage sein und bemerken heute nur, daß es sich dem Vernehmen nach um eine 4½prozentige Anleihe handelt. (?)

— Im Nassauischen erzählt man sich, daß von der Mainzer Besatzung deshalb kein Ausfall gemacht worden ist, weil die verschiedenen Truppentheile einander mißtraut haben. Hätte man die Hessen zum Ausfall vorgeschickt, so würden dieselben nicht wiedergekommen sein und die Hessen würden die Baiern nicht in die Festung zurückgelassen haben, wenn letztere ausgefallen wären.

— (N.-Z.) In diplomatischen Kreisen zirkulirt das Gerücht, daß die Friedensverhandlungen Preußens mit Baiern ins Stocken gerathen seien und daß sogar der Abbruch der Verhandlungen als möglich betrachtet wird. In diesem Falle würden die Feindseligkeiten gegen Baiern am 22. d. Mts. wieder beginnen, da mit diesem Tage der Waffenstillstand zu Ende geht, wenn derselbe nicht etwa verlängert werden sollte.

— Wie liberale Blätter melden, ist der Abg. v. Forckenbeck in Folge seiner Wahl zum Präsidenten natürlich aus der Fraktion der Fortschrittspartei ausgeschieden, ebenso aus der Adreß-Kommission dieser Fraktion. An seine Stelle ist der Abg. Waldeck in diese Kommission gewählt.

— Wie aus dem Würzburgischen gemeldet wird, war am 1. d. folgendes Telegramm Sr. Maj. des Königs von Preußen an den General v. Manteuffel eingegangen: „Ich beauftrage Sie, den Truppen der Main-Armee Meine volle Zufriedenheit über die von ihnen an den Tag gelegte Tapferkeit und Hingebung auszudrücken. Ich sage den Generalen, Offizieren und sämmtlichen Mannschaften Meinen Königlichen Dank. Mit mir senden die Truppen der Armee in Böhmen, Mähren und Oesterreich den preußischen und deutschen Waffenbrüdern der Main-Armee ihren kameradschaftlichen Gruß und Glückwunsch."

— Der Feldmarschall Graf v. Wrangel feiert am 15. d. sein 70jähriges Dienst-Jubiläum. Dem Vernehmen nach will der Feldmarschall den Tag in aller Stille verleben.

— Wie man in militärischen Kreisen hört, wird aus den Ersatzbataillonen des Kaiser Alexander-, des Kaiser Franz- und des Garde-Füsilier-Regiments ein 2. Garde-Füsilier-Regiment gebildet. Wie es heißt, werden von jedem Bataillon der Linien-Regimenter 500 Mann zur Entlassung kommen.

— Ueber den Unfall, von welchem der Königliche Marstall-Train auf der Eisenbahn bei Wildenschwerdt betroffen worden ist, geht uns jetzt von kompetenter Seite noch folgender Bericht zu. Der von zwei Lokomotiven geführte Zug entgleiste am 6. früh in der Nähe der Station Wildenschwerdt. Wodurch der Unfall herbeigeführt ist, hat sich mit Sicherheit nicht feststellen lassen; jedenfalls sind Gerüchte über böswillige Beschädigungen der Bahn unwahr. Der kommandirende Offizier hatte den Bahn-Beamten wegen der ungewöhnlichen Länge des Zuges seine Besorgniß zu erkennen gegeben und sie gebeten, denselben zu theilen. Dies war nicht geschehen. Daß der Grund des Unfalls in dem Umstande zu suchen, daß ein hannoverscher Wagen, von kleinerer als der gewöhnlichen Bauart, eingestellt war, ist möglich. Der Zug entgleiste in der Mitte, nicht am Ende. — Getödtet wurden auf der Stelle vier Trainsoldaten, verwundet mehrere Marstallleute und Trainsoldaten, von denen zwei als schwer verletzt, ein Marstalldiener und zwei Trainsoldaten, im Lazareth zu Wildenschwerdt zurückgelassen werden mußten. Die übrigen 10 Verletzten sind nach Berlin gebracht und befinden sich hier in Pflege. — An Pferden wurden sofort getödtet 3 Marstallpferde und 7 Trainpferde; 1 Marstallpferd hat später noch getödtet werden müssen. Ein Train- und ein Marstallpferd blieben schwer verletzt in Wildenschwerdt zurück. Leibkutscher und Leibreitpferde des Königs sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. Drei Wagen von den Königl. Equipagen sind sehr stark beschädigt.

— Die am Freitag Abend stattgehabte Versammlung der Gewerke zur Besprechung der Einholung der siegreichen Truppen hatte nach der „V. Z." folgendes Resultat: Die Versammlung beschloß, eine Einholung der aus dem Felde heimkehrenden Truppen ihren Gewerken zu empfehlen. Es wurde sodann ein Comité gewählt, welches eine nochmalige Versammlung von Vertretern aller Gewerke berufen soll, um das Weitere über die Einholungs-Angelegenheit zu berathen. Vertreten waren in der Versammlung die Schuhmacher-, Tischler-, Böttcher-, Seiler-, Gürtlergesellenschaft, die Weber, Korbmacher, Raschmacher, Feilenhauer, Buchbinder, Cigarrenarbeiter, Kammmacher, die Tapezierergesellenschaft, Posamentiere, Vergolder, Vergoldergesellenschaft, Schlossergesellenschaft. — Das Comité beschloß, die nächste Versammlung zum Mittwoch, den 15. August, Abends 8 Uhr, im Gewerkshause der Schuhmacher (Fischerstraße 25) anzuberaumen, da bis dahin jeder Innungsvorstand im Stande sein könne, sich über diese Angelegenheit berathen zu haben. Daß eine Betheiligung der Gewerke bei der Einholung Seitens der Behörden auf Widerstand stoßen sollte, ist jetzt kaum anzunehmen.

— Der heute im Abgeordnetenhauses vorgelegte Entwurf eines Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., verordnen unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie was folgt: §. 1. Wähler ist jeder unbescholtene Preuße, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. §. 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; 2) Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens; 3) Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben. §. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind. §. 4. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder wahlberechtigte Preuße, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens 3 Jahren dem Staate angehört hat. Verbüßte oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl nicht aus. §. 5. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in den Reichstag keines Urlaubs. §. 6. Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung wird vollen 100,000 Seelen gleich gerechnet. Jeder Abgeordnete ist in einem besonderen Wahlkreise zu wählen. §. 7. Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimm-Abgebens in kleinere Bezirke eingetheilt. §. 8. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Ortr wählen. §. 9. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens 4 Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und ist dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind. §. 10. Die Wahlhandlung ist öffentlich; bei derselben sind Gemeinde-Mitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. §. 11. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmen-Mehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmen-Mehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den 2 Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. §. 12. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen. §. 13. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahl-Direktoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von der Staats-Regierung bestimmt.

— Der andere (Hobrecht'sche) Adreß-Entwurf des Herrenhauses hebt die Uebelstände der bisherigen deutschen Bundesverfassung hervor, welche die nationale Entwickelung lähmten und spricht die Ueberzeugung aus, daß Preußens Ehre und Sicherheit gefährdet gewesen sei. Das habe den König in den Krieg geführt, in welchem sich die Reorganisation glänzend bewährt habe. Das Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschlands wird mit Befriedigung erwähnt. Das vergossene Blut fordere betreffs der preußischerseits besetzten deutschen Staaten, welche lieber einen Vernichtungskampf führen als einem lebenskräftigen Bunde sich unterwerfen wollten, daß ähnliche Gefahren beseitigt würden. Materielles Bedürfniß und ein starkes Nationalgefühl werde die Entfremdung des deutschen Nordens und Südens verhindern. Die Adresse erwähnt schließlich der hochherzig vom Könige angebahnten Beseitigung des Budgets-Konfliktes.

Da der Antrag mit sehr bedeutender Majorität verworfen wurde, so verzichten wir auf den näheren Bericht der sehr umfangreichen Debatte, zumal die Differenzen in beiden Adreßentwürfen nicht von allzugroßem Belang waren.

— Der von der Fraktion des linken Centrums des Abgeordnetenhauses angenommene Adreß-Entwurf, eingebracht von den Abgg. Gneist, Grabow und Bockum-Dolffs, lautet: Allerdurchlauchtigster ꝛc. Mit stolzer Freude blickt das preußische Volk auf die Waffenthaten, welche unter Ew. Majestät Führung das preußische Heer in einem Feldzuge vollbracht hat, der dem ererbten Ruhme unseres Königshauses und Heeres neue Lorbeeren hinzufügt. Groß waren die Anstrengungen, schwer sind die Verluste. Viele Tausende seiner tapferen Söhne betrauert das Vaterland. Aber aus dem Blute der Gefallenen, aus den willig dargebrachten Leistungen werden Früchte erwachsen, welche solcher Opfer werth. Majestät! Nach diesen Erfolgen kann auch das Land es nur mit Befriedigung wahrnehmen, wenn es gelungen ist, die bisherigen Kosten des Krieges aus den Staats-Einnahmen und durch die Naturallieferungen des Landes bereit zu stellen. Um so mehr ist das Haus der Abgeordneten bereit, die Mittel, welche zur erfolgreichen Beendigung des Krieges und Bezahlung der Landleistungen erforderlich, in verfassungsmäßiger Weise zu gewähren. Allerdings entbehren die Staatsausgaben der letzten Jahre der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt nur durch das nach Art. 99 der Verfassungsurkunde nothwendige Gesetz erhält. Um dies Gesetz zu Stande zu bringen, hat das Haus der Abgeordneten seinerseits alle zur Erfüllung der Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staats, alle zur Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute, alle zur Fortführung einer geregelten Staatsverwaltung erforderlichen Mittel jederzeit votirt. Nur durch die vorhandene Meinungsverschiedenheit über die Erweiterung des Militair-Etats ist eine neue Auslegung der Verfassung veranlaßt, welche die Rechtspflege und die gesammte innere Landesverwaltung in Mitleidenschaft gezogen hat. Wir danken mit freudiger Genug-

thuung für das hochherzige Königliche Wort, welches die Nothwendigkeit des Staatshaushaltsgesetzes und der Indemnität für die Vergangenheit ausspricht. Für die Zukunft vertrauen wir, daß die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes vor Beginn des Etatsjahres die Gefahr eines Konfliktes verhüten, und daß mit der Veranlassung dazu auch die Folge gehoben sein wird. Allergnädigster König und Herr! Was Deutschland seit Generationen vergeblich gehofft und erstrebt, das große Werk der deutschen Einheit ist durch Ew. Majestät tapferes, entschlossenes Handeln der Wirklichkeit nahe gerückt. Die nothwendige Auseinandersetzung mit dem österreichischen Kaiserstaat ist erfolgt. Bei der Erweiterung des preußischen Staatsgebietes werden nicht mehr die Rücksichten auf die Dynastien, sondern die Interessen des Volkes entscheiden. Es wird sich jetzt darum handeln, das durch die Waffen Errungene zu vollenden und zu befestigen durch Weisheit und Gerechtigkeit, vor Allem das ganze Deutschland zusammenzufügen und zusammenzuhalten durch sichere Bürgschaften dafür, daß unter Ew. Majestät erhabenem Scepter die Rechte des geeinigten deutschen Volkes ebenso unwandelbar feststehen werden, wie die Majestät des Reichsoberhauptes. In Würdigung dieser Aufgabe ist das Haus der Abgeordneten bereit, alle Streitfragen zurückzustellen, welche in der Gegenwart durch den Kriegszustand erledigt, in der Zukunft durch die Einrichtung eines deutschen Bundesheeres ihre gesetzliche Erledigung finden werden. Wie aber in der preußischen Epoche von 1808 bis 1815 die Abwehr fremdländischer Herrschaft und die Verjüngung des inneren Staatslebens Hand in Hand ging, wie die Erweckung aller Volkskräfte, eine neue Ordnung des Gemeindelebens und die Grundlegung der Volksrechte unter Beirath von Männern, welche den bewährten Ruf preußischer Landesverwaltung und Justiz vertraten, Hand in Hand gingen mit der erweiterten Machtstellung nach Außen: so wünschen wir, daß es Ew. Majestät beschieden sein werde, der Schöpfer einer deutschen Regeneration in gleichem Sinne und größerem Maßstab zu werden. Mit solchen Hoffnungen sehen wir der Einberufung einer deutschen Volksvertretung entgegen. Möge Gott unter Ew. Majestät weiser und gerechter Regierung des Vaterlandes Zukunft segnen! In tiefster Ehrfurcht verharren wir rc.

Oderberg, 13. August. In Troppau ist Standrecht proklamirt; die Stadt selbst ist von Militär entblößt, dagegen lagern um dieselbe herum 10,000 Mann aller Waffengattungen.

Kozmin, 10. August. In Folge einer telegraphischen Anweisung ist heute der hiesige Bürgermeister Rex nach Nürnberg abgegangen und wird dort weitere Bestimmung erhalten. Von den Verwaltungsbeamten unseres Kreises befindet sich der Landrath in Oberfranken, ein Distriks-Kommissarius und ein Bürgermeister bei dem Heere.

Aus Holstein, 11. August. (N. A. Z.) Die für Nordschleswig angekündigte Abstimmung hat bereits nicht geringe Aufregung in der beiderseitigen Bevölkerung hervorgerufen. Von hüben und von drüben klagt man sich des Terrorisirens an; die Dänischgesinnten rufen dabei noch, daß man von deutscher Seite die ganze Abstimmung zu hintertreiben bemüht sei, während die deutschgesinnten Blätter die dänischen Aufreger mit den Strafen der Gesetze zu schrecken suchen, obwohl dasjenige Gesetz, welches Bittschriften und Adressen an fremde Herrscher verbietet, in dem vorliegenden Falle deshalb hinfällig wird, weil man sich dänischerseits wohl hüten und gar nicht nöthig finden wird, sich jetzt unmittelbar an den Kaiser Napoleon oder sonst einen auswärtigen Herrscher zu wenden.

Dresden, 12. August. Herr v. Wurmb hat nicht nur die Konfiskation der Broschüre v. Treitzschke, sondern auch des „Offenen Briefes" von Arnold Ruge sofort wieder aufgehoben, was hier den günstigsten Eindruck in den preußenfeindlichen Kreisen hervorgerufen hat.

Darmstadt, 10. August. Nach der „Darmst. Ztg." ist Prinz Ludwig bestimmt, das Kommando der großherzoglichen Armeedivision zu übernehmen. — Sämmtliche Beamte des Landgrafenthums Hessen und der Provinz Oberhessen sind von der Landesregierung aufgefordert worden, dem von dem preußischen Civilkommissär verlangten Revers zu unterschreiben. Der Revers lautet wörtlich: „Wir erklären uns bereit, den Anordnungen der Königl. preußischen Administration, unbeschadet des dem Allerhöchsten Landesherrn geleisteten Diensteides, unter den obwaltenden Umständen — unweigerlich nachzukommen und Alles zu unterlassen, was die Interessen der Königlich preußischen Regierung beeinträchtigen könnte."

München, 10. August. (N. C.) Der österreichische Gesandte an unserm Hofe, Graf Blome, hat vor Kurzem sich in Wien einen dreimonatlichen Urlaub erbeten und denselben in aller Stille bereits angetreten. Der Graf ist nach England und dürfte, nachdem seine Stellung hier aus naheliegenden Gründen sehr schwierig geworden ist, kaum mehr auf seinen hiesigen Posten zurückkehren.

München, 10. August. Die „A. P. Z." unterrichtet uns, daß gestern Mittag eine länger andauernde Staatsrathssitzung stattgefunden, bei welcher zugleich die neuernannten Minister eingeführt wurden. Die vom Staats-Minister Frhrn. v. d. Pfordten eingelaufenen Depeschen sollen beruhigenden Inhalts sein; man hofft, daß Preußen von seiner Forderung, einen an Coburg gränzenden Theil baierischen Territoriums an den Herzog abzutreten, absteben werde.

Nürnberg, 10. August. Der hiesige „Korrespondent" bemerkt: Um jeden in der „Baierischen Zeitung" darüber aufgeworfenen Zweifel zu lösen, wann die am 27. Juli aus dem Hauptquartier Nikolsburg an das General-Kommando des 11. Reserve-Korps ergangene Anzeige von dem für den 2. August abgeschlossenen Waffenstillstand dort eingetroffen ist, — so kann aus zuverlässiger Quelle versichert werden, daß am 31. Juli Morgens die offizielle Anzeige über den vom 2. August ab beginnenden Waffenstillstand beim General-Kommando des 2. Reserve-Armeekorps einging, und in Folge dessen sofort an alle Truppen dieses Korps der Befehl erging, keine Waffenentscheidung mehr zu suchen. Um so räthselhafter bleibt aber immer noch das Benehmen der dem 2. Reserve-Korps gegenüberstehenden baierischen Truppen seit dem 23. Juli in Bezug auf die behauptete Waffenruhe.

— 11. August. Gestern Mittag trafen ein Bataillon vom 4. preußischen Regiment, das bisher in Schwabach gelegen war, und sachsen-altenburger Truppen zum Ersatz der abgezogenen Mannschaft hier ein. — In Sulzbach sind am 8. d. 300 Mecklenburger eingerückt.

Wien, 10. August. Dem „Pesther Lloyd" wird das Programm der slavischen Föderalisten (Czechen und Polen) dahin charakterisirt: Die Provinzial-Landtage werden beibehalten; der engere Reichsrath durch drei Landtage (der Gruppen: Galizien-Krakau und Bukowina; Böhmen, Mähren und Schlesien; die übrigen Erbländer) ersetzt und die Reichs-Delegation aus dem ungarischen Reichstage einerseits und den drei Gruppenlandtagen andererseits beschickt. Rieger, Brauner, Palacky und Graf Goluchowski werden als die Hauptfaiseurs dieses Programms bezeichnet.

Ausland.

Paris, 10. August. In den Gewölben der Bank von Frankreich sind über 200 Millionen Werthe aller Art aufgehäuft, die von Kapitalisten in Deutschland während des Krieges deponirt wurden. Der König von Sachsen hat etwa 10 Millionen dort. — Oesterreich hat darauf verzichtet, sich an der Pariser Gewerbe-Ausstellung zu betheiligen. Wir begreifen das; aber es ist eine von jenen Lügen, worin sich das „Memorial diplomatique" gefällt, wenn es behauptet, die Preußen hätten eine große Menge der für die Ausstellung bestimmten Gegenstände aus Böhmen und Mähren fortgeschleppt.

London, 10. August. Kaum haben englische und deutsche Stimmen begonnen, die Uneigennützigkeit Frankreichs zu preisen, so protestirt Nopoleon III. gegen dieses Lob, das in den Ohren „liberaler" Franzosen wie eine schwere Anklage klingen mag. Ein Telegramm aus Paris meldet, daß die französische Regierung in einer an das Berliner Kabinet gerichteten Note für Frankreich die Grenzen von 1814 gefordert habe.

Die große Frage ist — sagt der „Advertiser" — ob Preußen die Forderungen gewähren wird, die Louis Napoleon in so kategorischer Weise erhebt? Wir können es nicht glauben. Wenn es nachgiebt, verliert es das Prästigium, das ihm seine neulichen glänzenden Siege verschafft haben. Andernfalls bleibt ihm keine Wahl als Krieg mit Frankreich .... Wenn L. Napoleon die Grenzen von 1814 verlangt, so wäre dies eine nicht unbeträchtliche „Berichtigung". Sie würde nicht blos ein gutes Stück der preußischen Rheinprovinz, sondern auch den größern Theils Belgiens in sich schließen. Dann wird die Frage entstehen, ob England ruhig sitzen und thatlos zusehen kann, während Frankreich den Annektirungsprozeß in Belgien vornimmt. Wenn wir uns passiv verhalten, wird Antwerpen zu einer stehenden Drohung für England.

Madrid. Ein Cirkular des Finanzministers, welches an die hervorragendsten Steuerzahler gerichtet ist, giebt eine Erklärung über die Anwendung, welche die Regierung von der antizipirten Zahlung der Steuern zu machen gedenkt.

Newyork, 31. Juli (per „Afrika"). Nachdem der Major von Washington den Feniern die Benutznng von Staatsgebäuden verweigert hatte, ist vom Senate durch einen besonderen Beschluß ihnen die Erlaubniß ertheilt worden. Stephens wiederholt die Versicherung, daß er binnen Jahresfrist England auf irischem Boden bekämpfen werde, und warnt die Fenier vor Bündnissen mit amerikanischen politischen Parteien.

— 7. August (per atlantisches Kabel). Die Legung des Kabels zwischen Neufundland und dem amerikanischen Kontinente ist wegen stürmischen Wetters ausgesetzt.

Neufundland, 13. August. Das kleine Golfkabel nach dem Festlande von Amerika ist reparirt und arbeitet gut; die Verbindung beider Kontinente ist somit vollständig hergestellt.

Pommern.

Stettin, 14. August. Gestern Vormittag gegen 9 Uhr wurde durch Zimmerleute ein Theil des Gerüstes zur neuen Eisenbahnbrücke über die Parnitz abgebrochen und waren namentlich 8 Mann beschäftigt einen auf diesem Gerüst aufgestellten schweren Bock mittelst einer an der Ramme befindlichen Winde allmälig und langsam aus seiner Stellung herauszuheben. Als aber der niederschwebende Bock einen starken Ruck gab, verließ den Zimmergesellen A. M. F. Schmidt, 40 Jahr alt, schwarzen Gang 1 wohnhaft, die Geistesgegenwart, er ließ instruktionswidrig den von ihm geführten Windebaum los, griff mit beiden Armen und vorgebeugtem Oberkörper über die sich schnell umdrehende Winde, welche ihn nun auf das Baugerüst hinausschleuderte, so daß er zuerst gegen den gemauerten Drehpfeiler der Brücke furchtbar heftig aufschlug und dann in die Parnitz stürzte. Es gelang zwar, den S. sofort aus dem Wasser zu ziehen und zum Krankenhause zu bringen, er hat aber eine so heftige Gehirnerschütterung erlitten, daß sein Zustand ein hoffnungsloser ist.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 2. Pol.-Rev. erkrankt 1, im 3. P.-R. erkrankt 1, gestorben 1, im 5. P.-R. (außerhalb der Stadt) resp. 4 und 4; znsammen vom Civil erkranlt 6, gestorben 5; vom Militair keiner.

— Um das Pnblikum vor Nachtheil zu bewahren, theilen wir mit, daß in Berlin folgende Werthpapiere gestohlen sind: 13,000 Dollar in Amerikanischen 6 pCt. Anleihen à 1000 Dollar; Ser. I. No. 37,496. 51,277. 24,512. 36,757. 45,727. 32,752. 9,247. 35,416; Ser. II. No. 24,353; Ser. III. No. 54,016. 103,248. 98,911. 111,057 und 2000 Thlr. in Posener Rentenbriefe à 100 Thlr.

Anklam, 13. August. Die heutige Wahl zur zweiten Prediger-Stelle für St. Marien hat vorher und während der Wahl einen harten Kampf nicht ohne Aufregung gekostet. Die meisten Stimmen (140) erhielt Herr Pastor Steffen. Herr Kandidat und Lehrer Rauschke dagegen erhielt 118 und Herr Pastor Westphal 18 Stimmen.

Vermischtes.

— (Ein Wort des Grafen Bismarck.) Reisende, die in Wien von Nikolsburg eingetroffen, erzählen folgende von der „Pr." wiedergegebene Invasions-Episode. Wie bei der erregten Stimmung der dortigen Bevölkerung begreiflich, fehlte es in den ersten Stunden der Okkupation nicht an heftigen Aeußerungen gegen das Vorgehen der preußischen Kommandanten in Rücksicht der Requisitionen und anderer Bedrückungen. Ein jüdischer Einwohner Nikolsburgs war sogar unklug genug, diesem Unmuthe auf offener Straße Ausdruck zu geben und in nicht sehr gewählten Worten gegen die Preußen loszuziehen. Einige „Sieger", welche soeben vorbeimarschirten, hielten es nicht für unter ihrer Würde, den Mann sofort zu ergreifen und — ohne jene Anwendung des Zündnadelgewehrs — so gründlich zu schlagen, daß er in jämmerliches Geschrei ausbrach. Sofort sammelte sich eine große Menge der Einwohner um den Mann und seine Gegner; Soldaten traten hinzu und drohte die Scene in einen allgemeinen Kampf überzugehen, als Hr. v. Bismarck in Landwehr-Majors-Uniform auf dem Schauplatze erschien. „Was giebt es hier?" fragte er die salutirenden Soldaten. „Der Mann hat auf die Preußen geschimpft und — —" „Es ist nicht wahr", schrie der Geprügelte, der den Premier nicht erkannte, „ich habe nicht die Armee, ich habe nur den Bismarck geschimpft ....." Schallendes Gelächter begrüßte die fatale Antwort, während Alles fragend nach dem Premier sah. Dieser sagte jedoch ruhig: „Laßt ihn laufen, das haben schon Andere gethan."

Neueste Nachrichten.

Antwerpen, 12. August. Den außerordentlichen Anstrengungen der Pompierkorps und der Pontonniere ist es gelungen, die Brandstelle zu begrenzen. Obgleich die Gefahr indeß noch keineswegs völlig beseitigt ist, wie der von Zeit zu Zeit ans den Trümmern aufsteigende, das ganze Quartier verhüllende Rauch andeutet, so hofft man doch das in den Kellern brennende Petroleum zu ersticken. Für die ausquartierten unbemittelten Bewohner der geräumten Straßen hat die Mildthätigkeit der Bevölkerung sofort Sorge getragen.

Florenz, 13. August. Oesterreich hat sich bereit erklärt, die Friedensverhandlungen mit Italien auf direktem Wege zu führen. Die italienischen Bevollmächtigten werden im Stande sein, gleichzeitig einen Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Italien abzuschließen. Italien ist fortdauernd in vollständigem Einvernehmen mit Frankreich und Preußen und wird in Betreff der Grenzregulirung Venetiens durch Frankreich, England und Preußen unterstützt. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß die noch schwebenden Fragen auf friedlichem Wege eine zufriedenstellende Löfung finden werden. Eine befriedigende Ordnung der Grenzfrage würde jeden Grund zu künftigen Verwickelungen zwischen Italien und Oesterreich beseitigen, die in gleicher Weise guter Handelsbeziehungen und einer inneren Reorganisation bedürfen. Die „Nazione" glaubt, die Verhandlungen zwischen Italien und Oesterreich werden gleichzeitig mit den zwischen Preußen und Oesterreich in Prag stattfinden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 13. August, Abends. Der „Abend-Moniteur" enthält Folgendes: Die „Times" entdeckt in den Pferde- und Salpeter-Käufen Kriegsabsichten Frankreichs. Die Remonte wird nur wegen der fremden Konkurrenz beschleunigt, weil während des Krieges 20,000 Pferde ausgeführt sind. Daß Salpeterkäufe geschähen, ist nicht wahr. Der beste Beweis für die Friedensabsichten des Kaisers ist die Entlassung der Altersklasse von 1859. Mac Mahon ist nur wegen des Todes seines Schwiegervaters zurückgekehrt.

Viehmärkte.

Berlin, 13. August. An Schlachtvieh wurden auf hiesigem Viehmarkte zum Verkauf aufgetrieben:

An Hornvieh 1489 Stück. Export-Geschäfte waren sehr schwach vertreten, weshalb beste Qualität nur den Preis von 16—17 Thlr., mittel 13—14 Thlr., ordinaire 8—10 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen konnte.

An Schweinen 3025 Stück. Die Zutriften waren um jetzige Jahreszeit außergewöhnlich stark, Export-Geschäfte waren sehr unbedeutend, selbst beste feine Kernwaare (Mecklenburger) konnte nur den Preis von 16—17 Thlr. pro 100 Pfund Fleischgewicht erzielen.

An Schafvieh 22,685 Stück. Die heutigen starken Zutriften gehören zur Seltenheit, obgleich viele auswärtige Käufer bedeutend große Posten Hammel kauften, so war das Geschäft doch nur als ein sehr gedrücktes zu bezeichnen, selbst schwere und fette Hammel wurden pro Kopf 1 Rt. billiger verkauft als vorige Woche, Mittelwaare konnte selbst zu gedrückten Preisen nicht aufgeräumt werden.

An Kälbern 615 Stück, welche zu hohen Preisen aufgeräumt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. August. Witterung: seit gestern Abend anhaltender Regen. Temperatur: + 12° R. Wind: West.

An der Börse.

Weizen fest, loco pr. 85pfd. gelber 66—72 Rt. bez., mit Auswuchs 54—62 Rt., 83—85pfd. gelber, pr. August 72, 72½ Rt. bez. und Br., 72¼ Rt. Gd., September-Oktober 70½ Rt. bez. u. Gd., 71 Rt. Br., September-Oktober 70 Rt. Br., Frühjahr 68½ Rt. bez. u. Gd, 69 Rt. Br.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. 45—47 Rt. bez., pr. August, August-September und September-Oktober 46 Rt. bez. und Gd., Oktober-November 46 Rt. bez., Br. u. Gd., Frühj. 45¾ 46 Rt. bez. u. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. neue schlesische 41½—43 Rt. bez., alte 41—42 Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 24—26 Rt. bez., 47—50pfd., pr. August 27 Rt. Br., September-Oktober 26½ Rt. bez.

Erbsen ohne Handel.

Winterrübsen loco pr. 1800 Pfd. 78—82 Rt., September-Oktober 83 Rt. Gd.

Winterrapps loco 79—85 Rt.

Rüböl höher bezahlt, loco 12½ Rt. Br., kurze Lieferung 12⅓ Rt. bez., August 12⅓ Rt. Br., September-Oktober 12 1/12, 1/8 Rt. bez., 12 1/12 Gd., 12 1/6 Br., Oktober 12 1/6 Rt. bez., Oktober-November 12 1/6 Rt. Br., November-Dezember 12⅓ Rt. Br.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 14¾, 5/6 Rt. bez., August-September 14¼ Rt. bez., September-Oktober 14⅛, 1/6, ¼ Rt. bez., Oktober-November 14 1/6 Rt. Gd., November-Dezember 14 Rt. bez. u. Gd., Frühjahr 14¾ Rt. bez. u. Gd.

Hamburg, 13. August. Getreidemarkt ruhig und unverändert. Weizen auf Termine lebhaft, pr. August-September 5400 Pfd. netto 125 Bankothaler Br., 124 Gd., pr. September-Oktober 120 Br. u. Gd. Roggen pr. August-September 5000 Pfd. Brutto 75 Br., 74 Gd., pr. September-Oktober 76 Br., 75½ Gd. Oel stille, pr. August 26 Br., pr. Oktober 26 Br. u. Gd. Kaffee fest, aber ruhig. Zink 13 Mk. 4 Sch. vergebens gefordert. — Windig.

Amsterdam, 13. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco ab Petersburg 3 Fl. niedriger, pr. Oktober 168. Raps pr. Oktober 70. Rüböl pr. Oktober 40⅛.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.